

Geplante Grundgesetzänderungen

Das föderale System ist noch immer nicht rund

> Monika Heinold

Niedrige Zinsen, hohe Steuereinnahmen und ein neu geordneter Länderfinanzausgleich: Die Ausgangslage auf dem Papier ist gut. Doch der Eindruck täuscht. Länder und Kommunen sind nach wie vor häufig nicht in der Lage, Kitas, Schulen, Mobilität und Daseinsvorsorge finanziell so auszustatten, wie es notwendig wäre. Finanzvolumen und Aufgabenfülle passen vielerorts nicht zusammen.

Das macht es schwer bis unmöglich, die wachsenden Herausforderungen zu bewältigen. Die Öffentliche Hand müsste beim Wohnungsbau klotzen, um Wohnen für alle bezahlbar zu machen, bei der Integration von Flüchtlingen noch einen Zahn zulegen, Kita-Gebühren deutlich reduzieren, Schulen sanieren und digitalisieren sowie Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen. Hinzu kommt die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, der Sportstätten und Schwimmbäder, der Hochschulen und Krankenhäuser.

Die Antwort des Bundes könnte heißen: Wir schließen Steuerschlupflöcher und sorgen für eine faire und gerechte Besteuerung. Oder sie könnte lauten: Wir schieben Haushaltsmittel vom Bund zu Ländern und Kommunen um. Stattdessen schlägt die Große Koalition einen dritten Weg vor: Grundgesetzänderungen.

Inhaltlich setzt die Große Koalition an den richtigen Stellen an: Investitionsmittel für Schulen, bezahlbaren Wohnraum und Mobilität. Föderal gesehen ist es hingegen eine Kehrtwende. Während 2006 die Entflechtung von Aufgaben zwischen Bund und Ländern vorgenommen wurde, wird nun die Vermischung von Aufgaben und Ausgaben wieder eingeführt. Das Rad wird ein Stück weit zu-

rück gedreht, aus Entflechtung wird Verheddern im Kompetenzdschungel.

Für uns Grüne heißt das, dass wir am Ball bleiben müssen, um eine gute finanzielle Ausstattung von Ländern und Kommunen zu erreichen. Damit diese ihre Herausforderungen zukünftig aus eigener Kraft meistern können. Ohne, dass uns der große Bruder Bund am Gängelband führt. Wir müssen das Steuerrecht neu justieren, hohe Vermögen und Einkommensmillionäre deutlich stärker an der Staatsfinanzierung beteiligen, Steuervermeidungspraktiken eindämmen, europäische Steuerregelungen umsetzen und wirksame internationale Abkommen durchsetzen. Da ist eine ganze Menge zu tun!

Noch sind wir davon meilenweit entfernt. Und auch die Aussicht auf einen neuen Länderfinanzausgleich mit mehr Geld für Länder und Kommunen ist vorerst unrealistisch. Deshalb werden Länder und Kommunen bei einer punktuellen finanziellen Unterstützung des Bundes vermutlich nicht Nein sagen, auch wenn diese mit Grundgesetzänderungen verbunden sind. Sie werden nehmen, was der Bund bereit ist, zu geben. Denn wem wäre geholfen, wenn wir die reine Lehre des Föderalismus über die Notwendigkeit stellen, in Wohnungsbau, Schulbau und Mobilität zu investieren? Deshalb hat die geplante Änderung des Grundgesetzes meine Stimme im Bundesrat.

> Monika Heinold (Grüne) ist Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein.



Foto: Frank Peter

Bekämpfung invasiver Pflanzenarten

Schweizer Kommunen setzen auf Koordination und Freiwillige

Bern / Zürich (rah). Helfende Hände suchte die Stadt Bern Mitte Juli per Aufruf: Neben Zivildienstleistenden oder GartenbesitzerInnen sollen auch Freiwillige gebietsfremde Pflanzenarten bekämpfen.

Koordinationsstelle in Bern

Angeleitet und betreut werden die Ehrenamtlichen von der Mitarbeiterin der „Koordinationsstelle Neophyten und Freiwilligenarbeit“. Beim Patenmodell erklären sich Einzelpersonen bereit, auf einer bestimmten Fläche ein Jahr lang regelmäßig diese Pflanzen samt nachwachsender Triebe herauszureißen. Die Einsatzvereinbarung kann verlängert werden, auch Weiterbildung ist möglich. Einzelpersonen, Schulklassen oder Unternehmen können sich zudem zu halb- oder ganztägigen Einsätzen unter fachlicher Begleitung melden. Diese Arbeit sei bei großen, stark bewachsenen Flächen sehr wertvoll. Aktuell bekämpfen die Berner die Neophytenarten Berufkraut, Sommerflieder, Goldrute und Kirschlorbeer.

Kooperationsprojekt im Kanton Zürich

Gleich zehn Gemeinden im Reppischtal kooperieren mit der Baudirektion des Kantons Zürich beim Pilotprojekt „Gemeinsam gegen Neophyten“. Hier koordiniert ein Mitarbeiter nicht nur alle Beteiligten, sondern auch kleinere Flächen, für die anscheinend niemand zuständig ist. Wenn nur einzelne Flächen bearbeitet oder besonders große Bestände entfernt werden „... bleiben immer noch vermeintlich harmlose Bestände stehen, die sich rasch vermehren und zu einem stetig grösser werdenden Problem werden“, erklärt die Projekt-Homepage. Zusätzlich werden aktuell Neophyten-BotschafterInnen gesucht, die ehrenamtlich ihr Wissen ins eigene Quartier tragen. Ortsansässige Gartencenter haben außerdem freiwillig problematische Arten wie Sommerflieder oder Kirschlorbeer aus ihrem Sortiment genommen.

Mitteilung vom 12.7.2018 und weitere Informationen auf [bern.ch: http://gruenlink.de/1ha0](http://gruenlink.de/1ha0); Züricher Umweltpaxis Nr. 91, Seite 31 f., umweltschutz.zh.ch/zup

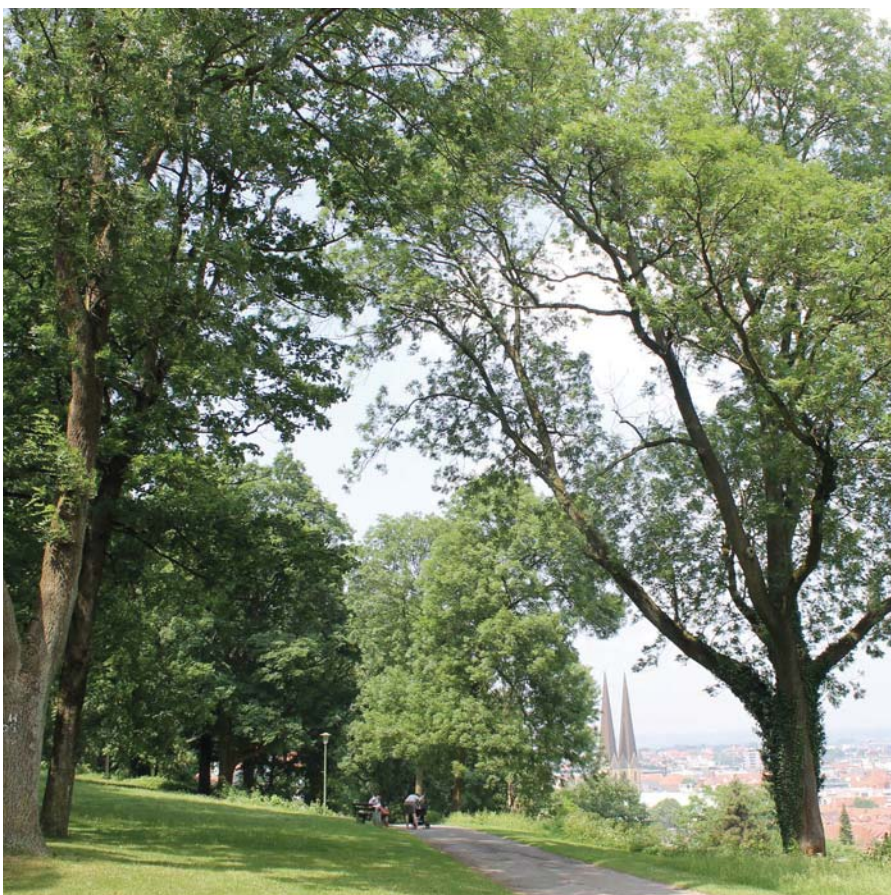


Foto: Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB)

Eschensterben in Bielefeld

Riesige Resonanz auf Spenden-Aufruf für Ersatzbäume

Bielefeld (rah). Nahezu europaweit setzt der Pilz „Falsches Weißes Stengelbecherchen“ den Eschen zu: Sie sterben ab und müssen gefällt werden. Betroffen sind auch die 89 Bäume an der Bielefelder Sparrenburg-Promenade. Sie waren während des Siebenjährigen Krieges Mitte des 18. Jahrhunderts gepflanzt worden und prägen das Stadtbild.

Der städtische Umweltbetrieb machte mit der Bielefelder Bürgerstiftung aus der Not eine Tugend und rief die Spendenaktion „Unser Baum für Bielefeld“ aus: Anfang Juli suchten sie über lokale Medien Spender(gruppen), die für je 500 Euro eine Trauben-Eiche finanzieren. Die Jungbäume sind vier bis fünf Meter hoch und sollen auch Hitzeperioden aushalten können. Die Geschäftsstelle der Stiftung wurde förmlich überrannt: Telefonisch, per Fax oder E-Mail und sogar persönlich meldeten sich die BielefelderInnen – binnen zweieinhalb Stunden waren die Bäume ausverkauft. Die Motivation zum Spenden war zum Teil persönlicher Natur – so hatte ein älterer Herr unter einer bestimmten Esche seine heutige Frau zum ersten Mal geküsst.

Gefällt und gepflanzt wird in zwei Bauabschnitten jeweils im Herbst 2018 und 2019. Wer will, kann sich als Baumpate auf einer Stele mit seinem Namen wiederfinden. Auf einer Warteliste stehen knapp vierzig weitere Spendenwillige.

www.bielefelder-buergerstiftung.de, allgemeine Informationen zum Eschensterben gibt es unter anderem bei der Bayerischen Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft: www.eschentriebsterben.org

Materialien zum Themenschwerpunkt Sicherheit und Ordnung

Grüne Fraktion Mannheim:

Rauchverbot auf Kinderspielplätzen

Antrag auf gruene-mannheim.de: <http://gruenlink.de/1hbo> (3.7.2018)

Grüne Fraktion Göttingen:

Night Mayor für Göttingen

Antrag auf gruene-goettingen.de:

<http://gruenlink.de/1hbp> (21.8.2018)

Bundeskriminalamt (Hg.):

Jahrbuch Polizeiliche Kriminalstatistik 2017

Band 1–4, Wiesbaden 2018, als

kostenlose PDF unter bka.de:

<http://gruenlink.de/1hbs>

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Bezug:

Ein Exemplar dieser Zeitschrift kann zum Preis von 11 € plus 1,30 € Versandkosten direkt bei akp@akp-redaktion.de gegen Rechnung bestellt werden. Bitte die Anschrift nicht vergessen!



Die Links finden
Sie auch auf
akp-redaktion.de

